

Mai 2022

---

## **Im Fokus: Vergabe von Hypothekarkrediten ist kein Service Public**

**Es braucht eine offene politische Diskussion über die Grundversorgung mit Post- und Zahlungsverkehrsdienstleistungen, bevor auf operativer Ebene der PostFinance bzw. Post Entscheide getroffen werden. Vorgeifen und am falschen Ort Pflöcke einschlagen, die man nur schwer wieder korrigieren kann, ist kein vernünftiger Weg. Diese Haltung teilt auch die Verkehrskommission des Ständerats.**

Wer vor langfristigen und folgenreichen Entscheidungen steht, sollte meist einen Schritt zurückmachen und die Sachlage nochmals nüchtern beurteilen. Stimmt das Ziel, das ich anstrebe, noch? Führt mich der angedachte Weg zum Ziel und was brauche ich auf diesem Weg? Genau diese Fragen muss sich die Politik auch in Bezug auf die Zukunft der PostFinance resp. der Post stellen. Mit der vorgeschlagenen Revision des Postorganisationsgesetzes hat der Bundesrat leider vorgegriffen, ohne den nötigen Schritt zurückzumachen, um die Sachlage zu prüfen. Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständerats hat diesen Schritt nun gemacht und empfiehlt seinem Rat einstimmig, nicht auf die Vorlage einzutreten. Dies, weil der vorliegende Entwurf zur Revision des Postorganisationsgesetzes keine genügenden Lösungsansätze in Bezug auf die Weiterentwicklung des Postkonzerns bietet. Sollte der Ständerat seiner Kommission folgen, wäre der Weg frei, ergebnisoffen über die Zukunft der PostFinance und der Post zu diskutieren.

### **Expertenbericht geht in die richtige Richtung**

In einem ersten Schritt muss nun im Rahmen einer Gesamtschau definiert werden, wie die Grundversorgung mit Post- und Zahlungsverkehrsdienstleistungen zukünftig aussehen soll. Dabei ist den technologischen Entwicklungen und den zukünftigen Kundenbedürfnissen konsequent Rechnung zu tragen. Erst dann wird sich zeigen, ob Probleme bestehen und wo Lösungen ausgearbeitet werden müssen. Der Bericht der Expertenkommission rund um Alt-Ständerätin Christine Egerszegi teilt diese Einschätzung. Zudem empfiehlt die Expertenkommission zurecht, dass die Grundversorgung im Zahlungsverkehr von der postalischen Grundversorgung entkoppelt werden soll.

### **Service Public definieren, dann legiferieren**

Die kommende Diskussion sollte sich also um Fragen des Service Public der Zukunft drehen. Was für Bedürfnisse hat die Bevölkerung an die PostFinance und Post im 21. Jahrhundert? Wie können die Dienstleistungen finanziert werden? Wo besteht gegebenenfalls ein Marktversagen, das durch den Staat gedeckt werden sollte? Es sind grosse und bedeutende Fragen, die fundiert behandelt werden müssen. Nur so wird gewährleistet, dass der Postkonzern zukunftsfähig und nachhaltig ausgestaltet wird.



Hanspeter Hess  
Direktor, Verband Schweizerischer Kantonalbank

«Im Fokus» ist eine Rubrik des Sessionsradars der Kantonalbanken  
Erschienen am 25. Mai 2022

<https://www.kantonalbank.ch/de-CH/Themen-Positionen/Sessionsradar>

[www.kantonalbanken.ch](http://www.kantonalbanken.ch)

#### **Weitere Auskünfte:**

Verband Schweizerischer Kantonalbanken | Wallstrasse 8 | 4002 Basel  
Tel. 061 206 66 66, [info@vskb.ch](mailto:info@vskb.ch)

Die Gruppe der Kantonalbanken umfasst 24 Institute mit Niederlassungen in 26 Kantonen. Sie ist damit gesamtschweizerisch präsent und nimmt mit über 19'000 Mitarbeitenden sowie rund 620 Geschäftsstellen eine führende Rolle ein. Ihr Marktanteil im Inlandgeschäft liegt bei 30 Prozent. 1907 haben sich die Kantonalbanken im Verband Schweizerischer Kantonalbanken VSKB zusammengeschlossen. Dieser vertritt die gemeinsamen Interessen der Verbandsmitglieder. Der Verband trägt dazu bei, die Stellung der Kantonalbanken in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu stärken und fördert die Zusammenarbeit unter den einzelnen Mitgliedern.